



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Newsletter Nr. 9 vom 3.5.2016

Inhalt

EDITORIAL: RICHTIGSTELLUNG

SCHWERPUNKT: FLUCHT UND INTEGRATION

- MdB Göring-Eckardt: Ohne BE ist kein Staat zu machen
- MdB Lindholz: Zivilgesellschaft als Integrationslotse
- MdB Stadler: Hilfen für HelferInnen
- MdB Wagenknecht: Hilfe für die HelferInnen
- MdB Strässer: Stellenwert von Integration und Menschenrechten
- Brühl: Tafeln sind Orte der Begegnung
- Zeckra: Von der Willkommenskultur zur Willkommensstruktur
- Sammelbesprechung Engagement und Flüchtlinge

LÄNDER

- 4. Sächsischer Fachtag Soziokultur
- Nachbarschaft trifft digitales Engagement: Netzwerktage in NRW
- Vielfalt gefällt! Orte des Miteinanders: Förderprogramm
- »Kommune bewegt Welt«: Wettbewerb
- Bayerisches Bündnis startet Volksbegehren gegen CETA

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

- Migrantenorganisationen: Antwort auf Kleine Anfrage
- Ehrenamt für Flüchtlinge stärken: Antrag Bündnis 90/Die Grünen
- Neufassung des Behindertengleichstellungsgesetzes: Anhörung
- eGovernment ist nicht existent
- Unbezahlte Arbeit zurückgegangen
- Zuschlagsgarantie für Bürgerenergieprojekte gefordert

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Freiwilliges Engagement in Deutschland: Fachtagung
- AG Engagement und Soziale Gerechtigkeit: Sitzungsbericht
- Fachwerkstatt zur Förderung von BE in ländlichen Regionen: Bericht
- Happy Box: Projekt bei der 19. Runde der Civil Academy
- Mitglied des Monats: Freudenberg Stiftung

FACHDISKURS

- Kooperation mit Freiwilligen in Krisensituationen: Online-Befragung
- Entwicklungspolitische Diskussionstage 2016
- »Gegner*innenaufklärung«: Tagung
- »Integration heißt Teilhabe«: Tagung

- [Helfende Hand« 2016: Förderpreis](#)
- [Deutscher Amateurtheaterpreis 2016](#)
- [SKala: Start der Spendeninitiative](#)
- [Bürgergesellschaft 2020: Sonderschwerpunkt im Forschungsjournal](#)
- [»Engagiert gewinnt«: Policy Brief](#)
- [Hinweis](#)

EDITORIAL: RICHTIGSTELLUNG

Im letzten BBE-Newsletter (Nr. 8 vom 21. April 2016) haben wir einen Kommentar zum neuen Freiwilligensurvey von MdB Svenja Stadler, Sprecherin für Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Fraktion und Obfrau im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages, veröffentlicht. Leider führte der Link zu einem falschen Beitrag. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen!

[Kommentar von MdB Svenja Stadler](#) (PDF, 395 kB)

[nach oben](#)

SCHWERPUNKT: FLUCHT UND INTEGRATION

MdB Göring-Eckardt: Ohne BE ist kein Staat zu machen

Der Übergang von einer Willkommenskultur als Soforthilfe zur einer langfristig ausgerichteten Willkommensstruktur als Integration ist das zentrale Thema des Gastbeitrages von MdB Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Dabei zeigt sie verschiedene Facetten auf, was der Staat tun muss und auch nur er tun kann und was nur die Zivilgesellschaft leisten kann. Integration als ein gesellschaftliches Miteinander leben kann der Staat nicht erreichen, aber er kann die Zivilgesellschaft dabei durch Rahmenbedingungen, Geld und gute Engagementstrukturen unterstützen, etwa in Form von IntegrationslotsInnen als Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Zugleich müssen Staat und Zivilgesellschaft entschieden gegen Angriffe auf und Hetze gegen HelferInnen vorgehen: »Zivilgesellschaftliches Engagement im Kleinen wie im Großen macht unser Land offen, freundlich und lebenswert. Aber es braucht den Schutz, die Förderung und die Anerkennung durch den Staat.«

[Gastbeitrag von MdB Katrin Göring-Eckardt](#) (PDF, 408 kB)

[nach oben](#)

MdB Lindholz: Zivilgesellschaft als Integrationslotse

MdB Andrea Lindholz, Mitglied im Innenausschuss, im Europaausschuss und im NSA-Untersuchungsausschuss und seit 2014 als Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuss schwerpunktmäßig mit den Themen Migration und Asyl befasst, beschreibt in ihrem Gastbeitrag aus bundespolitischer Perspektive die Zivilgesellschaft insgesamt als Integrationslotsen. Die erst begonnene Aufgabe der Integration der über 660.000 Bleibeberechtigten aus den letzten drei Jahren kann aus ihrer Sicht nur durch eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft und den vielfältigen AkteurInnen der Zivilgesellschaft gelingen. Dabei stellt Lindholz dar, wie wichtig es ist, durch klare politische Rahmenbedingungen in der Flüchtlings- und Asylpolitik vermeidbaren Konflikten zwischen Staat und Zivilgesellschaft vorzubeugen und wechselseitig voneinander zu lernen. Eine nachhaltige Integration braucht zivilgesellschaftliche AkteurInnen: »Der Weg in die deutsche Gesellschaft muss durch die Wertegemeinschaft selbst geschaffen werden. Zivilgesellschaftliche Akteure erfüllen dabei als Lotsen in die Gesellschaft eine Aufgabe, die der Staat weder in dieser Qualität noch in dieser Quantität erbringen kann.«

[Gastbeitrag von MdB Andrea Lindholz](#) (PDF, 422 kB)

[nach oben](#)

MdB Stadler: Hilfen für HelferInnen

Hilfen für HelferInnen im Rahmen der Hilfe für und Integration von Flüchtlingen sind das Thema von MdB Svenja Stadler, Sprecherin für Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Fraktion und Mitglied im Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement. Dabei gibt sie fünf Handlungsempfehlungen an die Bundespolitik, die in der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement entstanden sind: Mehr Koordination für die Hilfe, keine finanziellen Einbußen für HelferInnen, klarer staatlicher Einsatz gegen Rassismus und Islamophobie, Hilfe für Helfende mit Fortbildungen und Supervision und ordentliche Anerkennung, denn: »In der überwältigenden Hilfsbereitschaft weiter Teile der Bevölkerung offenbart sich ein Schatz, den wir als Gesellschaft nicht verschleudern dürfen, der vielmehr gepflegt und bewahrt werden muss.«

[Gastbeitrag von MdB Svenja Stadler](#) (PDF, 409 kB)

[nach oben](#)

MdB Wagenknecht: Hilfe für die HelferInnen

Hilfe für die HelferInnen durch eine sozial gerechte Bundespolitik ist das Thema des Gastbeitrages von MdB Dr. Sahra Wagenknecht, Co-Vorsitzende der Fraktion Die

Linke im Deutschen Bundestag. Aus ihrer Sicht hat die Zivilgesellschaft ihren Teil am Vertrag des »Wir schaffen das« mit der eindrucksvollen Hilfsbereitschaft erfüllt und das sich zeigende Staatsversagen kompensiert. Jetzt sieht sie die Bundesregierung am Zug, damit nicht eine dauerhafte Ausnutzung und auch Überforderung der Hilfe entsteht. Dazu gehört, dass Flüchtlinge nicht in Randlagen und Massenunterkünften isoliert werden. Vor allem aber muss sie die sozialen Verwerfungen in der Gesellschaft angehen und den Fetisch der schwarzen Null hinter sich lassen: »Denn nur wenn die Bevölkerung das Gefühl bekommt, dass es gerecht zugeht in Deutschland, nur wenn sichergestellt ist, dass nicht schon wieder die Kosten einer Krise auf sozial Schwächere, auf Beschäftigte und Rentner abgewälzt werden, kann die Integration gelingen.«

[Gastbeitrag von MdB Dr. Sahra Wagenknecht](#) (PDF, 405 kB)

[nach oben](#)

MdB Strässer: Stellenwert von Integration und Menschenrechten

Der Stellenwert von Integration und Menschenrechten in Deutschland und Europa ist das Thema des Gastbeitrages von MdB Christoph Strässer, von 2014 bis 2016 Beauftragter für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe der Bundesregierung und seit 2016 Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Unterausschuss für Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln. Dabei wirft er einen sehr kritischen Blick auf die Asylpakete I und II sowie den EU-Türkei-Vertrag. Auch wenn die legale Einreisemöglichkeit von allerdings ausschließlich syrischen Flüchtlingen aus der Türkei ein Fortschritt ist, folgen die beiden Asylpakete einem anderen Verständnis, einer klassischen Strategie von Sanktionierung, Rückführung und Abschottung: »Das gesamte Gesetzespaket ist geprägt von Misstrauen und Vorverurteilung.« Einige Regeln sieht er als integrationshemmend und aus menschenrechtlicher Sicht schwer vertretbar an. Zudem dürfe man auch mit Blick auf den Vertrag mit der Türkei nicht übersehen, dass die Türkei die Genfer Flüchtlingskonvention nur unter Vorbehalt ratifiziert hat und dadurch nichteuropäische Flüchtlinge von den Schutzbereich dieser Konvention ausgeschlossen sind.

[Gastbeitrag von MdB Christoph Strässer](#) (PDF, 467 kB)

[nach oben](#)

Brühl: Tafeln sind Orte der Begegnung

Die Tafeln als integrative Orte der Begegnung sind das Thema von Jochen Brühl, ehrenamtlicher Vorsitzender des Bundesverbandes Deutsche Tafel e.V. Er zeigt auf, wie die Grundprinzipien der Tafeln, nach denen niemand wegen einer speziellen Gruppenzugehörigkeit bevorzugt oder benachteiligt wird, bei der Integration von Flüchtlingen helfen. Flüchtlinge und Asylsuchende werden zunehmend selber auch

zu Ehrenamtlichen bei den 900 Tafeln, die zudem auch erste Bundesfreiwillige aus dem Flüchtlingsprogramm der Bundesregierung einsetzen. Allerdings konstatiert Brühl auch, dass sich die Tafeln zum ersten Mal in ihrer Geschichte feindseligen Angriffen und Gerüchten ausgesetzt sehen: »Dies wird uns jedoch nicht daran hindern, unsere Arbeit fortzusetzen.«

[Gastbeitrag von Jochen Brühl](#) (PDF, 404 kB)

[nach oben](#)

Zeckra: Von der Willkommenskultur zur Willkommensstruktur

Die Integration durch Förderung der Beschäftigungsfähigkeit geflüchteter Menschen ist das Thema des Gastbeitrages von Christoph Zeckra, Gesamtverantwortlicher Leiter des Generali Zukunftsfonds. Humanität und Ökonomie zu verbinden und wirkungsvoll zu helfen ist für ihn die Aufgabe, um die es geht, und die angemessene Antwort auf dieses »Rendezvous der Globalisierung mit unserer Gesellschaft«. Dabei ist für die Integrationsagenda die Entwicklung der Beschäftigungsfähigkeit ein zentraler Faktor. Das zu erreichen ist Aufgabe von Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam, in einem smarten Networking.

[Gastbeitrag von Christoph Zeckra](#) (PDF, 508 kB)

[nach oben](#)

Sammelbesprechung Engagement und Flüchtlinge

In den vergangenen Monaten sind eine Reihe von Studien zu interessanten Aspekten im Themenkomplex Engagement von und für Geflüchtete erschienen. Einige davon sind Gegenstand einer Sammelbesprechung unserer Redaktion.

[Sammelbesprechung](#) (PDF 319 kB)

[nach oben](#)

LÄNDER

4. Sächsischer Fachtag Soziokultur

Am 31. Mai 2016 findet in Dresden der 4. Sächsische Fachtag Soziokultur mit dem Titel »Soziokultur gestaltet Integration« statt. Die Tagung richtet sich an Kulturschaffende, AkteurInnen der Kinder- und Jugendarbeit sowie die Zivilgesellschaft und beleuchtet neben der praktischen Arbeit mit Flüchtlingen auch

Methoden und Formate für das gegenseitige Verständnis. Der Teilnehmendenbeitrag beträgt 30 Euro. Eine Anmeldung ist bis zum 13. Mai 2016 möglich. Die Tagungsplätze sind begrenzt.

[Weitere Informationen zum Sächsischen Fachtag Soziokultur](#)

[nach oben](#)

Nachbarschaft trifft digitales Engagement: Netzwerktag in NRW

Das Forum Seniorenarbeit NRW lädt am 22. Juni 2016 zum Netzwerktreffen »Nachbarschaft trifft digitales Engagement: Digitale Perspektiven für die Nachbarschaft« in das »Unperfekthaus« in Essen ein. Ziel des Netzwerktreffens ist es, Engagierte und Interessierte aus den Arbeitsfeldern Digitalisierung und Nachbarschaft mit NutzerInnen und EntwicklerInnen von Webservices und Apps zusammenzubringen, um neue Ideen zur Anwendung von Technik zu stiften und in eine gemeinsame Diskussion einzutreten. Hierbei sollen die besonderen Aspekte und der Nutzen aus der Perspektive der Älteren und die Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement im Mittelpunkt stehen. Der Netzwerktag ist eine gemeinsame Veranstaltung der beiden Teilprojekte LeNa (Lebendige Nachbarschaften) und DigiBE (Engagement älterer Menschen in der digitalen Gesellschaft). Eine Anmeldung ist bis zum 1. Juni 2016 erforderlich.

[Weitere Informationen zum Netzwerktag](#)

[nach oben](#)

Vielfalt gefällt! Orte des Miteinanders: Förderprogramm

In Kooperation mit der Baden-Württemberg Stiftung schreibt die Allianz für Beteiligung ein neues Förderprogramm im Themenfeld »Integration und Vielfalt« aus: Das Programm »Vielfalt gefällt! Orte des Miteinanders« unterstützt Projekte, die die Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungs- und Fluchterfahrung am gesellschaftlichen Leben in Baden-Württemberg fördern. Zielgruppen sind Kommunen und Landkreise, aber auch zivilgesellschaftliche Akteure wie Bürgerinitiativen, Vereine, Arbeitskreise und Bürgergruppen. Anträge können bis zum 19. Juni 2016 eingereicht werden.

[Weitere Informationen zum Förderprogramm »Vielfalt gefällt!«](#)

[nach oben](#)

»Kommune bewegt Welt«: Wettbewerb

Zum zweiten Mal lobt Engagement Global den Wettbewerb »Kommune bewegt Welt« aus. Gewürdigt werden damit Städte, Landkreise und Gemeinden, die sich

gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen und insbesondere migrantischen Organisationen für eine global nachhaltige Entwicklung einsetzen. Mit Preisen von insgesamt 135.000 Euro werden bundesweit herausragende Beispiele dieses gemeinsamen Engagements ausgezeichnet. Voraussetzung für die Bewerbung ist, dass Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft gemeinsam die Bewerbung einreichen. Entscheidende Bewertungskriterien sind Struktur und Kontinuität der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sowie die Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen. Bewerbungsschluss ist der 15. Juli 2016. »Kommune bewegt Welt« ist ein Wettbewerb von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, durchgeführt von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Schirmherr ist Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

[Weitere Informationen zu »Kommune bewegt Welt«](#)

[nach oben](#)

Bayerisches Bündnis startet Volksbegehren gegen CETA

Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis in Bayern kündigte am 22. April 2016 auf einer Pressekonferenz in München ein Volksbegehren gegen CETA an. Ziel ist es, die Bayerische Staatsregierung per Volksentscheid zu verpflichten, im Bundesrat das Freihandelsabkommen mit Kanada abzulehnen. Das Bündnis will eine spezielle Regelung in der Bayerischen Verfassung nutzen: Artikel 70, Absatz 4 legt fest, dass der Landtag die Staatsregierung per Gesetz binden kann, wenn Hoheitsrechte an die Europäische Union übertragen werden. Zuerst muss das Bündnis einen Zulässigkeitsantrag mit 25.000 Unterschriften und einen Gesetzesvorschlag beim Innenministerium einreichen. Gelingt dies, müssen innerhalb von zwei Wochen zehn Prozent der Wahlberechtigten (rund 1,3 Millionen) für das Volksbegehren unterzeichnen. Initiatoren des Bündnisses sind neben Mehr Demokratie Bayern der Bund Naturschutz, Campact, die Katholische Arbeitnehmer Bewegung und das Umweltinstitut München.

[Pressemitteilung](#)

[Weitere Informationen zum Volksbegehren Bayern](#)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

Migrantenorganisationen: Antwort auf Kleine Anfrage

Die Bundesregierung hat am 22. April 2016 eine Kleine Anfrage (18/7999) der Fraktion Die Linke beantwortet, die sich mit der finanziellen Förderung von Migrantenorganisationen befasst (18/8206). Darin geht es um eine im Oktober 2016 auslaufende Strukturförderung für zehn Dachverbände mit über 1.000 lokal aktiven Organisationen. Die Antwort lässt erkennen, dass die Strukturförderung nicht dauerhaft Strukturen finanzieren soll.

[Antwort der Bundesregierung](#) (PDF, 168 kB)

[nach oben](#)

Ehrenamt für Flüchtlinge stärken: Antrag Bündnis 90/Die Grünen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will die ehrenamtliche Arbeit in der Flüchtlingshilfe stärker unterstützen. In einem Antrag (18/8221) vom 25. April 2016 fordern sie die Bundesregierung auf, in Kooperation mit den Bundesländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft ein umfassendes Engagementkonzept zu erarbeiten. So soll u.a. die ehrenamtliche Arbeit durch die Einrichtung von kommunalen Koordinationsstellen und einer zentralen Online-Plattform vernetzt, Vereine und Initiativen durch verlässliche und unbürokratische Förderstrukturen unterstützt und Ehrenamtliche qualifiziert werden. Zudem setzen sich die Grünen dafür ein, dass alle Freiwilligendienste für Flüchtlinge, Asylsuchende und Geduldete geöffnet werden, um das Engagement von Geflüchteten zu unterstützen.

[Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen](#) (PDF, 422 kB)

[nach oben](#)

Neufassung des Behindertengleichstellungsgesetzes: Anhörung

Am 25. April 2016 fand zur geplanten Neufassung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) eine Anhörung mit Sachverständigen im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages statt. Gegenstand waren der Entwurf (18/7824) der Bundesregierung für eine Änderung des BGG sowie zwei Anträge von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (18/7877; 18/7874), mit denen beide Fraktionen eine stärkere Verpflichtung der Privatwirtschaft zur Barrierefreiheit erreichen wollen. Der Entwurf der Bundesregierung enthält Vorgaben zum barrierefreien Bauen und zu barrierefreien Informationsangeboten für den Bereich des öffentlichen Rechts und der Bundesverwaltung, die über Zuwendungsrecht ausstrahlen können. Ebenso sollen leichte Sprache und Partizipation gestärkt werden.

[Weitere Informationen zur Anhörung](#)

[nach oben](#)

eGovernment ist nicht existent

»E-Government in Deutschland gibt es de facto nicht«, sagte Johannes Ludewig, Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrates, vor den Abgeordneten des Ausschusses Digitale Agenda bei der Vorstellung des Gutachtens »E-Government in Deutschland: Vom Abstieg zum Aufstieg«. Letztlich müsse der Bürger doch immer wieder ins Amt, von einem eGovernment, das Nutzen stiftet, sei man Lichtjahre entfernt. Dabei habe Deutschland kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem.

[Weitere Informationen](#)

[nach oben](#)

Unbezahlte Arbeit zurückgegangen

Das Statistische Bundesamt teilt auf der Grundlage seiner Haushaltsbefragungen mit, dass 2013 der Umfang an unbezahlter Arbeit im Vergleich zu 1992 trotz gestiegener Bevölkerung um 13 Prozent zurückgegangen ist, und zwar von 103 Milliarden auf 89 Milliarden Stunden. Mit rund vier Stunden am Tag leisten Frauen dabei nach wie vor deutlich mehr an unbezahlter Arbeit als Männer, die auf gut 2,5 Stunden kommen. 1992 hatten die Werte noch bei 5 Stunden täglich für Frauen und bei 2 $\frac{3}{4}$ Stunden für Männer gelegen, d.h. der Rückgang unbezahlter Arbeit ist vor allem ein Rückgang unbezahlter weiblicher Arbeit.

[Weitere Informationen beim Statistischen Bundesamt](#)

[nach oben](#)

Zuschlagsgarantie für Bürgerenergieprojekte gefordert

Am 22. April 2016 hat der Bundesrat eine EntschlieÙung verabschiedet, nach der Bürgerenergieprojekte eine Zuschlagsgarantie erhalten sollen. Der Bundesrat möchte mit diesem Vorrang kleine und regional verwurzelte Betreiber von Erneuerbaren-Energien-Anlagen fördern. Dies sei notwendig, da Strom aus regenerativen Quellen künftig über Ausschreibungen gefördert wird und nicht wie bisher in gesetzlich festgelegter Höhe. Bürgerenergieprojekte sollen ohne Angabe eines Angebotspreises zum Zuge kommen. Der Bundesrat greift dabei ausdrücklich die Haltung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) auf, dass im Rahmen der geplanten Umstellung auf Ausschreibungen Sonderregelungen für kleine AkteurInnen und Bürgerenergieprojekte erforderlich sind.

AKTUELLES AUS DEM BBE

Freiwilliges Engagement in Deutschland: Fachtagung

Am 23. Juni 2016 findet in Berlin die Fachtagung »Freiwilliges Engagement in Deutschland - Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014« statt. Auf der Tagung sollen die Ergebnisse des Freiwilligensurveys präsentiert, zentrale Befunde erläutert und Ergebnisse diskutiert werden. Die Tagung abschließen wird eine Podiumsdiskussion zur Frage: Was lernen wir aus den Ergebnissen des Deutschen Freiwilligensurvey 2014? Dr. Thomas Rübke, Vorsitzender des BBE-SprecherInnenrates, nimmt an der Podiumsdiskussion teil. Anmeldungen zur Fachtagung sind bis zum 6. Juni 2016 möglich.

[Weitere Informationen zur Fachtagung »Freiwilliges Engagement in Deutschland«](#)

[nach oben](#)

AG Engagement und Soziale Gerechtigkeit: Sitzungsbericht

Am 25. April 2016 traf sich die AG »Engagement und Soziale Gerechtigkeit« in Berlin. Ausgehend vom Armutsbericht Mecklenburg-Vorpommern wurde darüber diskutiert, auf welche Weise engagementpolitisch mit Armut umgegangen und darüber diskutiert werden sollte. Dabei wurden zwei Fragen herausgearbeitet, die die Arbeitsgruppe vertiefen möchte: Inwieweit behindert Armut Menschen daran, sich freiwillig zu engagieren? Auf welche Weise kann Engagement die negativen Folgen von Armut lindern? Bestehende Erfahrungen und Arbeiten zu diesen Fragen sammelt die AG bis zur kommenden Sitzung Anfang Juli. Dazu nutzt sie das BBE-Mitgliederportal tixt. Ziel ist es, eine Form zu finden, in der die Erfahrungen gebündelt aufbereitet werden können. Außerdem wurde Nina Basteck, Malteser Hilfsdienst, als weitere stellvertretende Sprecherin der AG gewählt.

[Weitere Informationen zur AG Engagement und Soziale Gerechtigkeit](#)

[nach oben](#)

Fachwerkstatt zur Förderung von BE in ländlichen Regionen: Bericht

Am 21. und 22. April 2016 veranstaltete das BBE gemeinsam mit der

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) in Goslar die 1. Fachwerkstatt zur Entwicklung engagement- und demokratiefördernder Maßnahmen für ländliche Regionen. Zur Teilnahme aufgerufen waren neben den im Bundesprogramm »Demokratie leben!« unterstützten Partnerschaften für Demokratie auch VertreterInnen von Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäusern, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Bürgerstiftungen. Die Fachwerkstatt sollte in erster Linie einen Erfahrungsaustausch der Strukturen und Träger untereinander ermöglichen sowie die Verbindung zwischen der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Stärkung von Demokratie in ländlichen Regionen herausarbeiten.

[Weitere Informationen zur Fachwerkstatt](#)

[nach oben](#)

Happy Box: Projekt bei der 19. Runde der Civil Academy

HAPPY BOX ist ein Projekt für Geflüchtete in Deutschland. Das Projekt sammelt Boxen, gefüllt mit kleinen Geschenken, und übergibt diese an Menschen, die in Deutschland Schutz suchen. In jedem Paket steckt gleichzeitig die Botschaft: »Du bist Willkommen!« Alle sind dazu eingeladen, Boxen mit kleinen Geschenken (z.B. Büchern, Lernmaterial, Schreibmaterial) zu füllen. Die fertig gepackten Boxen können an einer Sammelstelle (Aktionszeitraum und -ort beachten) abgegeben werden. Der Initiator von HAPPY BOX Mathias Herwix war 2014 Teilnehmer in der 19. Runde der Civil Academy. Am 20. Juni 2015 wurden die ersten Willkommenspakete in Hannover verteilt.

[Weitere Informationen zum Projekt](#) (PDF, 364 kB)

[nach oben](#)

Mitglied des Monats: Freudenberg Stiftung

Seit 1984 fördert die Freudenberg Stiftung die soziale, schulische und berufliche Integration von Kindern und Jugendlichen. Sie engagiert sich in Kommunen, die gemeinsam mit der Bürgergesellschaft daran arbeiten, die Teilhabe von eingewanderten, geflüchteten und unterprivilegierten Menschen zu fördern und die demokratische Kultur zu verteidigen. Die Bildungs- und Berufschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher zu fördern und das Lernen demokratischer Kompetenzen in Kindergarten und Schule zu stärken sind Schwerpunkte der Arbeit der Freudenberg Stiftung. Mit dem Programm »Ein Quadratkilometer Bildung« geht sie in benachteiligte Stadtteile und zielt auf den Aufbau lokaler Bildungsverbände. Die Lehr- und Lernform des Service Learning, die fachliches Lernen mit gesellschaftlichem Engagement von SchülerInnen verbindet, hat die Freudenberg Stiftung als Methode der Engagementförderung nach Deutschland gebracht. Sie koordiniert und finanziert das Netzwerk Service Learning – »Lernen durch

Engagement«, das die Verbreitung und Entwicklung von Service Learning fördert. 2015 hat die Stiftung die Initiative »Bildungsrecht für Kinder mit Fluchterfahrung: Jetzt!« ins Leben gerufen. Sie setzt sich dafür ein, dass geflohene Kinder und Jugendliche schnell in die KiTa oder Schule gehen können.

[Weitere Informationen zur Freudenberg Stiftung](#)

[nach oben](#)

FACHDISKURS

Kooperation mit Freiwilligen in Krisensituationen: Online-Befragung

Lang andauernde Stromausfälle, schwere Stürme und Hochwasserereignisse zeigen, wie anfällig unsere Gesellschaft bei Schadensereignissen ist. Die Einbindung und Koordination von BürgerInnen erweist sich dabei für die effektive Bewältigung der Schadenslage als besonders wichtig. Mit dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt KOKOS (»Unterstützung der Kooperation mit freiwilligen Helfern in komplexen Schadenslagen«) werden hierfür Methoden, Konzepte sowie IT-Werkzeuge entwickelt. Die Universitäten Siegen und Stuttgart führen derzeit eine Online-Befragung durch, in der VertreterInnen von Vereinen, Verbänden und Organisationen zu ihren Erfahrungen mit Schadensereignissen befragt werden. Die Beantwortung der Fragen dauert ca. 30 Minuten und kann jederzeit unterbrochen werden. Die Umfrage ist bis zum 26. Juni 2016 freigeschaltet.

[Weitere Informationen und Fragebogen](#)

[nach oben](#)

Entwicklungspolitische Diskussionstage 2016

Vom 11. bis zum 13. Mai 2016 finden die Entwicklungspolitischen Diskussionstage (EPDT) in Berlin statt. In diesem Jahr stehen Fragen rund um geschlechtsspezifische Gewalt in deutschen Flüchtlingsunterkünften, das Freihandelsabkommen zwischen Afrika und der EU sowie das Landwirtschaftsmodell der Climate-Smart Agriculture im Fokus. Am ersten Tag diskutieren im Rahmen der Veranstaltung »How to prevent gender-based violence in German refugee camps - Experiences from the Global North and South« VertreterInnen aus der Wissenschaft, der internationalen und lokalen Praxis und SprecherInnen von Flüchtlingshilfeorganisationen u.a. Antworten auf folgende Fragen: Welche Maßnahmen verbessern die Bedingungen in den Unterkünften und verhindern geschlechtsspezifische Gewalt? Gibt es gute Praxisbeispiele? Können diese auf Einrichtungen in Deutschland übertragen werden?

Die Veranstaltung organisiert das Seminar für Ländliche Entwicklung in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung. Der Eintritt ist frei und eine Anmeldung nicht erforderlich.

[Weitere Informationen zu den EPDT 2016](#) (PDF, 502 kB)

[nach oben](#)

»Gegner*innenaufklärung«: Tagung

Am 31. Mai 2016 veranstaltet die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin die Tagung »Gegner*innenaufklärung - Informationen und Analysen zu Anti-Feminismus«. Die Tagung bietet einen Überblick über Anti-Feminismus und seine verschiedenen »Spielarten«, ordnet diese Phänomene ein und zeigt an Beispielen auf, wie Aktivitäten von anti-feministischen AkteurInnen auf gesellschaftspolitische Debatten Einfluss nehmen. Zudem werden Strategien im Umgang mit antifeministischen Aktivitäten diskutiert, bewertet und weiterentwickelt. Eine Anmeldung ist erforderlich.

[Weitere Informationen zur Tagung »Gegner*innenaufklärung«](#)

[nach oben](#)

»Integration heißt Teilhabe«: Tagung

Vom 21. bis 22. Juni 2016 findet die Tagung »Integration heißt Teilhabe - Partizipation und Engagement für, mit und von Flüchtlingen« in Berlin statt, veranstaltet von der Stiftung Mitarbeit. Die Tagung stellt das bürgerschaftliche Engagement in der Flüchtlingsarbeit und die Beteiligung von Geflüchteten in den Mittelpunkt. Sie richtet sich an VertreterInnen aus selbstorganisierten Initiativen und Projekten wie auch aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Kommunen. In thematischen Workshops erarbeiten die Teilnehmenden Handlungsempfehlungen. Diese sollen durch die Diskussion im Rahmen der Tagung und ihre Dokumentation öffentlich sichtbar gemacht und in der (Bundes-)Politik wahrgenommen werden. Eine Anmeldung ist erforderlich. Die Teilnehmendenzahl ist begrenzt.

[Weitere Informationen zur Tagung »Integration heißt Teilhabe«](#)

[nach oben](#)

Helfende Hand« 2016: Förderpreis

Das Bundesministerium des Innern schreibt wieder den Förderpreis »Helfende Hand« aus, der mit insgesamt 39.000 Euro dotiert ist. Der Preis soll ehrenamtliches Engagement von Einzelnen, Gruppen oder Einrichtungen im Bevölkerungsschutz würdigen. Die Helfende Hand wird an je drei Nominierte in drei Kategorien

verliehen. Ausgezeichnet werden Projekte im Bevölkerungsschutz in den Kategorien: »Innovative Konzepte«, »Nachwuchsarbeit« sowie »Vorbildliche Unterstützung des Ehrenamtes«. Zusätzlich wird die Jury in diesem Jahr drei Projekte auszeichnen, die die Integration von Flüchtlingen im Bevölkerungsschutz planen, fördern oder bereits umsetzen. Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 31. Juli 2016 eingereicht werden.

[Weitere Informationen zum Förderpreis 2016](#)

[nach oben](#)

Deutscher Amateurtheaterpreis 2016

Der Bund Deutscher Amateurtheater (BDAT) hat 2016 zum vierten Mal den Deutschen Amateurtheaterpreis »amarena« ausgeschrieben. Die Nominierten in den Sparten Schauspiel, Kinder- und/oder Jugendtheater, Seniorentheater, Musik-, Tanz- oder Bewegungstheater und Offene Theaterformen stehen nun fest. Vom 22. bis 24. September 2016 stellen die PreisträgerInnen ihre Wettbewerbs-Inszenierungen in Offenbach/Main (Hessen) vor. Die Preisverleihung findet am 24. September 2016 statt. Schirmherr ist der hessische Minister für Wissenschaft und Kunst Boris Rhein. Der Deutsche Amateurtheaterpreis ist eine Auszeichnung, die an Theatergruppen und TheatermacherInnen für Inszenierungen in unterschiedlichen Genres vergeben wird. Prämiert wird dabei die künstlerische Leistung im ehrenamtlichen kulturellen Engagement. Der bundesweite Wettbewerb wird alle zwei Jahre durchgeführt.

[Weitere Informationen zum Wettbewerb und den Nominierten](#)

[nach oben](#)

SKala: Start der Spendeninitiative

SKala ist eine Initiative der Unternehmerin Susanne Klatten und des gemeinnützigen Analyse- und Beratungshauses PHINEO. Die Initiative fördert bis zum Jahr 2020 bundesweit etwa 100 gemeinnützige Organisationen. Das Fördervolumen beträgt 100 Millionen Euro. Unterstützt werden ausschließlich Organisationen, die nachweislich eine große soziale Wirkung erzielen. Im Fokus stehen dabei die Bereiche »Inklusion & Teilhabe«, »Kompetenz- & Engagementförderung«, »Katastrophenhilfe« sowie »Brücke zwischen den Generationen« (die auf Herausforderungen des demografischen Wandels sowie der alternden Gesellschaft abzielt). Die Initiative startet mit drei Förderprojekten: einer bundesweiten Aufklärungskampagne für den Umgang mit Demenzerkrankten (Deutsche Alzheimer Gesellschaft), einem Paten-Projekt für benachteiligte Kinder in Berlin-Neukölln (Morus 14 e.V.) und einem Berufsvorbereitungsprogramm für Flüchtlinge im Landkreis Fulda (Perspektiva gGmbH). Bewerbungen für eine SKala-Förderung sind erst ab 2017 möglich.

[Weitere Informationen zur Skala-Initiative](#)

[nach oben](#)

Bürgergesellschaft 2020: Sonderschwerpunkt im Forschungsjournal

Das Forschungsjournal Soziale Bewegungen beschäftigt sich in seiner aktuellen Ausgabe mit dem Schwerpunkt »Aufbruch oder Abbruch? Europas Bewegungslandschaft in der Eurozonen-Krise« (Heft 1/ März 2016). Der Sonderschwerpunkt in dieser Ausgabe dokumentiert in fünf Beiträgen das Forum Bürgergesellschaft, das 2015 sein 10-jähriges Bestehen feierte. Unter dem Titel »Bürgergesellschaft 2020« geht es um das Zusammenspiel zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft. Themen sind: die Rolle des Staates bei der Gestaltung guter Rahmenbedingungen für Engagement, die Vor- und Nachteile von Compacts, Kooperation zwischen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, sowie das Zusammenspiel zwischen verschiedenen AkteurInnen und Sektoren im Welfare-Mix.

[Weitere Informationen zum Forschungsjournal](#)

[nach oben](#)

»Engagiert gewinnt«: Policy Brief

Der vom Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen (SVR) für Integration und Migration publizierte Policy Brief »Engagiert gewinnt – Bessere Berufschancen für internationale Studierende durch Praxiserfahrungen« untersucht die erhebliche Chancensteigerung internationaler Studierender im Beruf durch Praxiserfahrungen. Demnach können internationale Studierende, die sich freiwillig engagieren, ihre Startchancen in den Beruf erheblich verbessern. Wer sich freiwillig engagiert, spricht besser Deutsch, hat mehr Kontakte zu einheimischen Studierenden und fühlt sich stärker zu Deutschland zugehörig – dies zeigt die Befragung des SVR-Forschungsbereichs von 2.565 Master-Studierenden. Zudem fördert freiwilliges Engagement den Aufbau persönlicher Netzwerke und bewerbungsrelevanter Kompetenzen.

[Policy Brief](#) (570 kB)

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 19. Mai 2016.

Redaktionsschluss ist der 11. Mai 2016.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und AkteurInnen im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

